

Stand: 06.04.2026 02:59:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17829

"Ja zur Versammlungsfreiheit, gegen Gewalt und blinde Zerstörungswut"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17829 vom 19.07.2017
2. Beschluss des Plenums 17/17945 vom 20.07.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 20.07.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ja zur Versammlungsfreiheit, gegen Gewalt und blinde Zerstörungswut

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die kriminelle Gewalt am Rande des G20-Gipfels in Hamburg vom 06.07. bis zum 08.07.2017 auf das Schärfste und bekundet sein Entsetzen über die menschenverachtende Brutalität der verübten Straftaten.
2. Der Landtag spricht den bayerischen Polizeibeamtinnen und -beamten für ihren Einsatz seinen Dank aus. Den verletzten Polizeikräften wünscht er gute Besserung.
3. Der Landtag stellt fest, dass vorsätzliche Gewalt gegen staatliche Institutionen, die mutwillige Zerstörung von fremden Eigentum und die Gefährdung von Menschenleben nicht relativiert werden dürfen und durch nichts zu rechtfertigen sind.
4. Der Landtag würdigt, dass allein am 08.07.2017 ca. 75.000 Menschen anlässlich des G20-Gipfels friedlich demonstrieren und ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben. Diese Proteste sind wichtige Beiträge zum öffentlichen Diskurs über eine gerechte, friedliche und ökologische Weltordnung.
5. Der Landtag fordert, dass die gewalttätigen Ausschreitungen aufgeklärt und die daran beteiligten Straf- und Gewalttäter konsequent verfolgt werden. Die Verbindungen zur internationalen links-extremistischen Szene sind zu ermitteln. Auch der Polizeieinsatz und die Einsatztaktik müssen parlamentarisch aufgearbeitet werden.
6. Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport mündlich und schriftlich über den Polizeieinsatz während des G20-Gipfels zu berichten. Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:
 - Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Bayerinnen und Bayern, die an den Gewaltexzessen beteiligt waren?

- Welche vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen oder Personen sind an den gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg beteiligt gewesen und dabei straffällig geworden?
- Wie viele Arbeits- und Überstunden haben die bayerischen Polizei- und Sicherheitskräfte anlässlich des Gipfels geleistet?
- Welche Gesamtkosten hat der G20-Gipfel für den Freistaat Bayern verursacht?
- Wie bewertet die Staatsregierung den Polizeieinsatz, insbesondere den Einsatz von Einheiten der Bayerischen Polizei in Hamburg?
- Wie bewertet die Staatsregierung die Rolle von Schaulustigen während der Polizeieinsätze?
- Haben Polizeikräfte der Bayerischen Polizei akkreditierten Journalisten, die rund um den Gipfel berichteten, deren Akkreditierung entzogen?
- Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus den Tagen in Hamburg für kommende Großveranstaltungen?
- Wie bewertet die Staatsregierung die Ergebnisse des G20-Gipfels?

Begründung:

Die Bilder der gewalttätigen Exzesse am Rande des Hamburger G20-Gipfels sind schockierend. Gewalt gegen die Vertreter unseres Staates und fremdes Eigentum sowie Plünderungen sind unvereinbar mit der Versammlungsfreiheit und dem friedlichen Protest. Es handelt sich schlicht und einfach um Straftaten. Dafür sind die kriminellen linksextremistischen Gewalttäter des Gipfels zur Rechenschaft zu ziehen. Die Mittel des Rechtsstaates sind dabei auszuschöpfen. Beim Thema Extremismus muss in alle Richtungen geschaut werden. Gewalt ist kein Mittel für die politische Auseinandersetzung.

Es wird der Sache aber nicht gerecht, die Vorfälle in Hamburg einseitig, oberflächlich und in einer emotionalen und ideologisch gefärbten Debatte zu führen. Neben der Verurteilung der Gewaltexzesse muss man in einem Rechtsstaat auch den Polizeieinsatz parlamentarisch nachbesprechen. In erster Linie müssen angesichts des gewalttätigen Verlaufs, den ein Teil

der Proteste genommen haben, die Einsatzstrategie der Polizei und deren Lagebewertungen analysiert werden. Insbesondere ist zu klären, wie es trotz monatelanger polizeilicher Vorbereitung zu einer solchen Eskalation kommen konnte. Gerade die Hamburger Polizei ist mit besonderen Lagen und politischen Protesten vertraut. Das umstrittene Verbot der Protestcamps, das vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde, und deren Räumung hat den Weg für die Zuspitzung der Lage vorbereitet. Aber auch, dass die Polizei Journalistinnen und Journalisten deren Akkre-

ditierungen entzogen hat, läuft auf den ersten Blick dem Auftrag der Polizei, die Grundrechte zu schützen, zuwider.

Der überragende Teil der Demonstrationen in Hamburg verlief friedlich, brachte Kritik an der Politik der G20 zum Ausdruck und setzte sich für internationale Solidarität ein. Die Bilder aus Hamburg, aber auch ihre politische Bewertung, dürfen nicht das geschlossene Auftreten aller Demokratinnen und Demokraten für die Demokratie und unsere Verfassung gefährden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/17829

Ja zur Versammlungsfreiheit, gegen Gewalt und blinde Zerstörungswut

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Eva Gottstein

Abg. Katharina Schulze

Abg. Horst Arnold

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Claudia Stamm

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion (CSU)

Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen!
(Drs. 17/17809)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Linksextremismus keinen Freiraum mehr lassen! (Drs. 17/17828)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja zur Versammlungsfreiheit, gegen Gewalt und blinde Zerstörungswut
(Drs. 17/17829)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Ein starkes Zeichen gegen Gewalt - gemeinsam gegen Gewalt! (Drs. 17/17830)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Herrmann von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 7. und 8. Juli sollte in Hamburg der G-20-Gipfel stattfinden. Er hat auch stattgefunden. In der Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit wurden aber die Beratungen der Staats- und

Regierungschefs von Gewaltexzessen linker Extremisten in bisher unbekanntem Ausmaß klar in den Schatten gestellt. Ich möchte nur festhalten: 476 Polizeibeamte wurden verletzt, 78 davon aus Bayern. Die Berichte lesen sich wie Drehbücher zu schlechten Hollywoodfilmen: Vermummte, die Steinplatten auf Dächer schleppen, die Kanaldeckel entfernen, die Brände entfachen, um Beamte in die Straßen zu locken und dann Steinplatten oder Molotow-Brandsätze von oben hinunterzuwerfen.

Das war aber kein Film, meine Damen und Herren. Der Steineregen und die mit Zwillen geschossenen Stahlkugeln waren die Realität in Hamburg 2017. Ich verurteile die durch nichts zu rechtfertigenden und nicht hinnehmbaren Gewaltexzesse linksextremer sogenannter autonomer Gewalttäter im Rahmen des G-20-Gipfels in Hamburg auf das Schärfste.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich gehe davon aus, dass darüber im Bayerischen Landtag Konsens besteht, weshalb ich schon an dieser Stelle um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag bitte.

Dieser Ausbruch an unbekannter Brutalität wirft jedoch Fragen auf, über die wir nicht hinweggehen dürfen, auch nicht hier im Bayerischen Landtag, weil auch bayerische Polizistinnen und Polizisten betroffen waren.

Die erste Frage lautet: Wie kann es sein, dass 2015 in Elmau ein G-7-Gipfel stattgefunden hat, bei dem keine einzige Fensterscheibe zu Bruch gegangen ist, während in Hamburg reihenweise Barrikaden errichtet und in Brand gesetzt wurden?

(Beifall bei der CSU)

Wer darauf antwortet, das sei eben das abgeschiedene Elmau, das man eben nicht mit Hamburg vergleichen kann, dem sage ich: 2015 hat auch eine Großdemonstration mit über 40.000 Teilnehmern in München stattgefunden, und zwar ohne Angriffe auf Polizeibeamte. Und ich sage außerdem: Jedes Jahr findet in München die Sicherheits-

konferenz mit Dutzenden von Staats- und Regierungschefs statt, und zwar ohne dass anschließend die Theatinerstraße neu aufgebaut werden muss.

Bilder, wie wir sie in Hamburg 2017 und in früheren Jahren, in Berlin, bei der EZB-Eröffnung in Frankfurt oder bei anderen G-7-Gipfeln erlebten, kennen wir in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU)

Das ist natürlich kein Zufall, sondern das ist das Ergebnis einer seit Jahrzehnten bewährten Politik der inneren Sicherheit in Bayern. In anderen Ländern ist das eben anders.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wer über Jahre hinweg eine linke, gewaltbereite, anarchistische Subkultur im Hamburger Schanzenviertel duldet, ja staatlich fördert und als Beweis der Buntheit der Hansestadt in Reiseführern anpreist, braucht sich nicht zu wundern, wenn diese anarchokriminelle Saat irgendwann aufgeht.

(Beifall bei der CSU)

Glaubt vielleicht irgendjemand hier im Saal, in München hätten unbeteiligte Bürger einfach zugesehen, wenn Autonome Steinplatten auf ein Dach schleppen? – Natürlich nicht. Ich sage: Die Exzesse in Hamburg sind das Ergebnis einer verfehlten Toleranz gegenüber linken Rechtsbrechern.

(Beifall bei der CSU)

Die Antwort hierauf kann nur sein: null Toleranz und Sicherheit durch Stärke; denn es darf eben überhaupt keine rechtsfreien Räume geben. Das Schanzenviertel in Hamburg oder die Rigaer Straße in Berlin sind der Beweis dafür. Damit muss es ein Ende haben.

(Beifall bei der CSU)

Die zweite Frage lautet: Wie kann es dazu kommen? – Ich sage: Der Grund dafür ist, dass sich die politische Linke in unserem Land mit einer bedingungslosen Abgrenzung gegenüber Linksextremisten schwertut.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Deutschland Gott sei Dank Konsens darüber, dass wir Rechtsextremismus mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen, repressiv und präventiv. Wäre die Rote Flora nicht rot, sondern braun, dann wäre sie längst und zu Recht Geschichte. Die Lehre aus Hamburg muss daher lauten: Wir müssen mit genau derselben Energie auch gegen Linksextremismus vorgehen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Um es ganz klar zu sagen: Niemand unterstellt der SPD oder den GRÜNEN, dass sie diese Gewaltexzesse billigen. Was wir aber einfordern, ist eine deutliche und klare Abgrenzung von linksextremistischen Tätern.

(Florian von Brunn (SPD): Warum? Das ist selbstverständlich!)

Wie schwer sich die SPD-Fraktion damit tut, muss man leider auch ihrem heutigen Antrag entnehmen. Sie relativiert direkt im ersten Absatz, dass Gewalttaten gegen Personen von "sogenannten Linksextremisten" begangen werden. Sie sprechen von Rechtsextremisten von Islamisten und von "sogenannten Linksextremisten".

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sind keine Linken!)

Sie schaffen es einfach nicht, von Linksextremisten zu sprechen. Daher werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Ich höre es schon wieder aus Ihrem Zwischenruf: Die Verharmlosungen der politischen Linken sind so einfältig wie absurd. Da wird behauptet, dass Gewalt per se nichts mit Links zu tun habe, weil wirklich Linke nicht gewalttätig und die Linksextremisten von Hamburg im Kern eigentlich unpolitisch seien. Damit soll das Problem linksextremistischer Gewalt quasi wegdefiniert werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist Quatsch!)

Das ist eine falsche und gefährliche Argumentation. Wenn sie Schule macht, werden bestimmte Kreise künftig auch von Rechtsextremen behaupten, dies seien nur unpolitische Gewalttäter, deren Ideologie nur Kostümierung sei.

(Zurufe von der SPD)

Eine andere Verharmlosung lautet, man könne Rechts- und Linksextremismus nicht vergleichen und schon gar nicht in einem Atemzug nennen; denn der Linksextremist sei ein Aktivist oder Demonstrant, der höchstens Autos anzünde, der Rechtsextremist aber ein Mordbrenner, der Flüchtlingsheime anzünde. Offenbar werden in Teilen der Öffentlichkeit Polizeibeamte unter der Rubrik "Gegenstände" verrechnet. Das ist bei ungefähr 500 verletzten Beamten eine schwierige Rechnung.

Man muss bei dieser Diskussion aufrichtig bleiben. Wer Stahlkugeln auf Beamte schießt, will nicht Sachen beschädigen, sondern Menschen verletzen und vielleicht sogar töten.

(Beifall bei der CSU)

Steine und Stahlkugeln verletzen gleich schwer, egal, ob sie von rechts oder von links geflogen kommen.

(Beifall bei der CSU)

Antikapitalismus, Antiglobalisierung, Antifaschismus oder Umweltschutz können dafür niemals eine Rechtfertigung sein; denn der Zweck heiligt eben nicht die Mittel.

(Beifall bei der CSU)

Tatsächlich existiert seit Jahren eine fahrlässige Billigung linker Gewalt, die weit ins linksbürgerliche Lager hineinreicht.

(Franz Schindler (SPD): Wo denn?)

Die Organisatoren der "Welcome-to-Hell"-Veranstaltung haben nach dem Chaos in Hamburg ihr Verhalten ausdrücklich gerechtfertigt – Zitat: "Zielgerichtete Militanz ist für uns eine Option und ein Mittel, um über eine rein symbolische Protestform hinauszukommen ..."

Welchen Beweis für die linksextreme Motivation der Gewalt in Hamburg brauchen wir denn noch? Es ist eine Schande, wenn sich auch Linksbürgerliche in eine Reihe mit Schwervermummten stellen, die schon durch ihre Kleidung zum Ausdruck bringen, wie wenig sie vom friedlichen Protest halten. Man gewährt Leuten keinen Unterschlupf in Kirchen und Theaterhäusern, die das Leben deutscher Polizisten zur Disposition stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Entweder wir nehmen Extremismus und den Kampf dagegen insgesamt ernst, und zwar unabhängig von seiner politischen Couleur, oder wir lassen es.

Der Bund gibt im Jahr über 100 Millionen Euro für die Bekämpfung des Extremismus aus. Ich sage: Gruppen, die von diesem Steuergeld profitieren, müssen eine Demokratieerklärung abgeben, sie müssen sich ohne Wenn und Aber zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.

Ministerin Schwesig, SPD, hat damals die Extremismusklausel gestrichen und dann das ganze Programm gegen Linksextremismus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie hat die Mittel erhöht! Die Mittel gegen Links-extremismus waren höher als bei Schwarz-Gelb! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Fakt ist: Sie hat die Mittel erhöht. Aber Fakt ist auch, dass auf jeden Euro gegen Links 20 Euro gegen Rechts kommen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Unerträglich!)

Wer es mit Prävention gegen Extremismus aller Seiten ernst meint, muss dies dringend ändern.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Es ist eine verkehrte Welt, wenn sich in Hamburg Abgeordnete der Partei DIE LINKE Warnwesten mit dem Aufdruck "Parlamentarischer Beobachter" machen lassen und dann durch penetrante Präsenz Polizisten bei ihrer Arbeit behindern und verunsichern. In deren Gedankenwelt ist es natürlich konsequent, wenn Katja Kipping vor Beginn des Gipfels erklärt – Zitat:

Die Polizeiführung lässt ihre Hundertschaften mit schwerem Gerät durch die Straßen der Hansestadt marodieren und schikaniert Menschen, die es wagen, Bier zu trinken oder im Zelt zu schlafen. Die Eskalation geht eindeutig von den Behörden aus.

Hinter all dem steckt ein abgrundtiefes Misstrauen der politischen Linken gegen den Staat und seine Repräsentanten. Bei vielen der Linkspartei, aber auch bei einigen der GRÜNEN und der SPD ist der Kampf gegen die Polizei genetisch bedingt.

(Florian von Brunn (SPD): Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der SPD – Zurufe von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Bei den GRÜNEN war es der Kampf gegen die Atomkraft, etwa in Brokdorf, wo es hieß, man müsse sich gegen die Unterdrückung durch die Staatsgewalt wehren. Jetzt heißt es, man übe nur Gegengewalt aus.

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese geballten Zwischenrufe sind durch § 110 der Geschäftsordnung nicht gedeckt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Doch! Sicher! – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Hetze, was der Kollege macht!)

Dr. Florian Herrmann (CSU): Jetzt geht es gegen Mächte, die den Planeten zerstören. Ich sage: Gewalt ist nie legitim.

(Beifall bei der CSU)

Herr Schulz von der SPD erklärt, Links und Gewaltanwendung schlossen sich gegenseitig aus. Insofern möchte ich an Ihr Engagement für die diversen revolutionären Bewegungen in Lateinamerika oder an den Schulterchluss zu Juso-Zeiten mit der FDJ, mit der DDR erinnern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Also! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ihre Empörung zeigt, dass wir offenbar einen wunden Punkt getroffen haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Ich sage: Gewalt hat keine Legitimation. Es darf kein Schönreden geben, kein Rechtfertigen. Es muss ein Grundkonsens der Demokraten sein, dass wir mit Gewalttätern nicht zusammenarbeiten und Gewalttaten nicht rechtfertigen. Ich sage Ihnen: Das muss der Grundkonsens in diesem Haus sein. Ich erwarte von der politischen Linken:

Klären Sie Ihr Verhältnis zum Linksextremismus, damit das Abgrenzungsproblem nicht zum Gewaltproblem wird.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind ein schlimmer Hetzer! Das ist inakzeptabel!)

Ich sage Ihnen auch: Die deutlichste Abgrenzung wäre, wenn Sie erklären würden, dass Sie eine Koalition mit der Linkspartei auf Bundesebene ausschließen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Florian von Brunn (SPD): Distanzieren Sie sich einmal von Orbán! Fangen Sie einmal damit an!)

Sie sehen, wie weit sich das Koordinatensystem verschoben hat. Eine Koalition mit der AfD würde jeder hier im Haus von vornherein ausschließen. Koalitionen mit der Linkspartei sind in Deutschland aber Realität, und Sie streben dies sogar für den Bund an.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ja, und die Union koaliert in fast jeder zweiten Kommune im Osten mit DIE LINKE!)

Das ist Ihr Problem, nicht unseres.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich sage: Die Zitate von Frau Kipping und anderen in der interventionistischen Linken zeigen, dass wir mit dieser Partei nicht koalieren dürfen.

(Markus Rinderspacher (SPD): In jeder dritten Kommune im Osten koaliert die Union mit der Linkspartei! Was ist das für eine Heuchelei! Unverschämtheit! – Margit Wild (SPD): Sie müssen schon die ganze Wahrheit sagen, nicht nur partiell! Das ist lächerlich!)

Meine dritte Frage lautet abschließend: Was wäre eigentlich in Hamburg passiert, wenn die Polizei, gerade auch die bayerischen Polizeibeamten, nicht so umsichtig gehandelt hätte, wenn die Führung der Polizeieinheiten nicht so umsichtig agiert hätte?

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich befürchte – das ist eine schlimme Vorstellung –, dass es tote Polizeibeamte gegeben hätte. Deshalb kann ich den Polizeibeamten, die diesen Einsatz motiviert und hoch professionell durchgeführt haben, nur Danke sagen. Auf diese Polizei können wir stolz sein. Diese Polizei hat es verdient, dass der Bayerische Landtag hinter ihr steht und dass wir alles daran setzen, dass sich derartige Vorkommnisse wie in Hamburg nicht wiederholen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, ich bitte Sie zunächst, mich nach vier Minuten an die Redezeit zu erinnern. Man sieht das Display der Uhr sehr schlecht. Ich bitte Sie darüber hinaus, die Dauer dieses Satzes meiner Redezeit zuzuschlagen.

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Sonderaufgaben für den Präsidenten! – Zuruf von der CSU: Das ist typisch FW!)

– Dann kommen Sie bitte her, versuchen Sie das Display zu lesen, und sagen Sie mir die Zeit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Gottstein, wir werden das in Bearbeitung nehmen. Bitte lassen Sie sich nicht stören, und reden Sie jetzt frei.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Danke schön. – Zunächst einmal liegen uns heute vier Anträge vor – das ist in dem Tumult fast in Vergessenheit geraten –, die alle darauf hinweisen, dass den Beteiligten an den Einsätzen in Hamburg zu danken ist. Alle vier Anträge enthalten diesen Dank, und alle vier Anträge verurteilen die Vorgänge in Hamburg.

Ich möchte mich ausdrücklich bei der CSU bedanken, dass sie uns mit ihrem Antrag die Möglichkeit der Nachzieher gibt, sodass wir an dieser Stelle ganz offiziell all unseren Polizistinnen, Polizisten und Einsatzkräften, die in Hamburg waren, danken können. Das gibt uns auch Gelegenheit, noch einmal klarzustellen, wie sehr wir diese Aufgabe unserer Polizei und auch die Bereitschaft unserer Polizistinnen und Polizisten wertschätzen, letztlich – das geht manchmal unter – ihr Leben für die Sicherheit von uns Bürgern zu riskieren. Danke an dieser Stelle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man die vier Anträge genauer betrachtet, ist natürlich schon eine gewisse Tendenz festzustellen. Der erste Antrag heißt: "Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen!" Der Nachzieher der FREIEN WÄHLER trägt nun den Titel: "Linksextremismus keinen Freiraum ... lassen!" Die GRÜNEN haben gebeten, das Wort "mehr" aus dem Titel des Antrags zu streichen, weil sie meinen, das sei tendenziös. An diesem Wort hängen wir uns nicht auf; wir streichen also das Wort "mehr" und bleiben bei unserer Forderung "Linksextremismus keinen Freiraum lassen!" Der Nachzieher der SPD heißt: "Ein starkes Zeichen gegen Gewalt – gemeinsam gegen Gewalt!" Der Nachzieher der GRÜNEN trägt den Titel: "Ja zur Versammlungsfreiheit, gegen Gewalt und blinde Zerstörungswut".

Ich möchte schon darauf hinweisen – da schließe ich mich sehr wohl meinem Vorredner an –, dass zwar in den letzten beiden Anträgen Gewalt verurteilt wird – das machen wir alle –, dass aber die Ausdrücke "Linksextremismus" oder "links", die hier besonders im Fokus stehen, nicht mehr erwähnt werden. Wir bedauern das und

schließen uns in dem Fall auch der Meinung an, dass, solange die SPD – Herr Arnold, Sie haben mich da eben enttäuscht,

(Widerspruch des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

weil Sie gesagt haben, Sie nähmen das nicht heraus – von "sogenannten Linksextremisten" spricht, dies aufgrund der Semantik nicht mitgetragen wird. Ich verstehe nicht, warum Sie sich so daran festkrallen; denn wir reden im Zusammenhang mit Hamburg über Linksextremismus. Dass Sie das mit dem Wort "sogenannt" ein bisschen beschönigen, verstehe ich nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir wollen ganz klar feststellen: Die Bevölkerung wurde durch diese Vorgänge erheblich verunsichert, und unsere Demonstrationsfreiheit wurde auf das Schlimmste missbraucht. Wir stellen fest: Die Bürger erwarten klare Antworten seitens der Politik, wie so etwas passieren konnte, wie mit diesem Ereignis jetzt umgegangen wird und wie in Zukunft – das interessiert die Bürger in erster Linie – solche Eskalationen zu verhindern sind. Da sind wir im Bayerischen Landtag mit gefragt.

Wir fordern deswegen auch eine Aufklärung in diesem Hause: Wer hatte welche Verantwortung? Gab es vielleicht doch eine falsche Strategie? Ist die Gefahrenlage falsch eingeschätzt worden? Wie lief der Einsatz ab? Wie wurde letztlich unser bayerisches Innenministerium im Vorfeld und während des Einsatzes eingebunden? Außerdem wollen wir die Betroffenheit und die Zahl der Verletzten bei unseren Polizistinnen und Polizisten wissen.

Wir verurteilen diese Vorgänge in Hamburg. Wir glauben, dass wir um eine gesellschaftliche Debatte im Zusammenhang auch mit dieser Form des Extremismus – wir reden in diesem Hause von Rechtsextremismus, von islamistischem Terror, während das andere in der Debatte nach wie vor verniedlicht zu werden scheint, was nicht zu

billigen ist – nicht herumkommen werden. Deswegen fordern wir einen Bericht, bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, werden dem GRÜNEN-Antrag, der auch diese Forderungen aufstellt, zustimmen und dem CSU-Antrag ebenfalls. Unsere Bedenken, die uns zur Ablehnung des SPD-Antrags führen, haben wir geäußert.

Ich sage an dieser Stelle noch einmal Danke. Wir werden um die gesellschaftliche Diskussion nicht herumkommen: Wie kann es sein, dass diesem Berufsstand, der für unsere Sicherheit zuständig ist, inzwischen fast bei jedem Zusammenstoß, wenn Polizei auf Bevölkerung trifft, eine dermaßen geringe Wertschätzung zuteilwird? Das ist nicht zu verstehen. Wir müssen mit Blick darauf an die Wurzeln gehen. Wir müssen überlegen, wie es dazu kommt. Aber zunächst sage ich den Polizistinnen und Polizisten, die sich in Hamburg auch für uns und die Sicherheit in Bayern eingesetzt haben, noch einmal Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Jürgen W. Heike (CSU): Jetzt wird es interessant!)

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Herrmann, ich habe nicht ganz verstanden, was diese Show sollte. Am Anfang haben Sie noch recht differenziert argumentiert, aber am Ende sind Sie wieder in Ihr Schwarz-Weiß-Schema hineingerutscht und haben die bürgerliche Mitte und die GRÜNEN zu Polizeihassern stilisiert, und das verbitte ich mir.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU)

Es ist schäbig und leicht durchschaubar, diejenigen, die zu Schaden gekommen sind, für Ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das hier ganz klar und bin mir sicher, dass mir alle in diesem Raum zustimmen: Die gewalttätigen Ausschreitungen während des G-20-Gipfels sind inakzeptabel. Gewalt ist kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung – egal ob sie von der extremen Rechten oder von der extremen Linken kommt. Das Infragestellen des staatlichen Gewaltmonopols, die Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, die Zerstörung von Eigentum – gewaltsamer Protest kann weder geduldet, noch kann er gerechtfertigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ganz abgesehen davon: Mir konnte noch niemand schlüssig erklären, wie ein brennendes Auto oder ein geplünderter Supermarkt irgendwie die Welt besser machen soll. – Das macht die Welt eben nicht besser.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich persönlich fand bereits die Berichte über die verstörenden Gewaltakte schrecklich anzuschauen. Wie schlimm muss es dann erst für die Polizistinnen und Polizisten, für die Rettungskräfte vor Ort und auch für die Angehörigen und Freundinnen und Freunde daheim gewesen sein? Deswegen sagen wir Danke für die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten und der Rettungskräfte und wünschen den Verletzten gute Besserung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Es ist selbstverständlich, dass dieser Einsatz auch parlamentarisch nachbearbeitet werden muss.

Es ist gut, dass es dafür in der Hamburgischen Bürgerschaft einen Sonderausschuss gibt. Das ist in einem Rechtsstaat üblich und richtig. Deswegen bin ich etwas überrascht über das wenig selbstkritische Verhalten der CSU und der CDU und auch der SPD, vor allem von Bürgermeister Scholz. Ich möchte alle daran erinnern: Der G-20-

Gipfel war eine Veranstaltung der Kanzlerin. Das Sicherheitskonzept war mit der Bundesregierung abgestimmt. Soweit ich weiß, sind Sie Teil der Bundesregierung. Ein CDUler, ein Parteifreund von Ihnen, führt das Innenministerium. Er ist also für das Sicherheitskonzept zuständig.

Da habe ich natürlich schon einige Fragen: Warum konnte es überhaupt zu solchen Gewaltexzessen kommen? Es waren über 20.000 Polizeikräfte vor Ort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es ist bedrückend, dass dieses Aufgebot die Lage nicht immer im Griff hatte. Wo kam es zu Fehleinschätzungen? Die Verantwortlichen wussten, dass viele Gewalttäter aus dem In- und Ausland anreisen würden, und trotzdem war die Schanze am Freitagabend stundenlang in der Hand der Randalierer. Wer sich jetzt hier hinstellt und immer noch sagt, die Polizeistrategie sei total aufgegangen, der erzählt eine Geschichte, die nicht stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss sich fragen: Wie konnte die Hamburger Polizeiführung denn eine Einsatztaktik verfolgen, die bei vergleichbaren anderen Lagen seit Jahrzehnten als überholt gilt? Beispielsweise zeigt sich doch in Berlin am 1. Mai, dass Deeskalation wirken kann.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Ich frage mich auch: Wie kann ein SPD-Bürgermeister davon sprechen, dass es keinerlei Gewalt von Polizisten gegeben habe? Herr Scholz, ich muss Ihnen sagen: Sie laufen anscheinend blind durch die Welt. Es gibt Foto- und Filmaufnahmen, die eine andere Sprache sprechen. Nein, es gab keine allumfassende, strukturelle Polizeigewalt. Die allermeisten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben sich richtig verhalten,

(Beifall bei den GRÜNEN)

aber ein paar eben nicht. Das muss man in einer Demokratie so benennen und auch aufarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem müssen wir uns die Frage stellen: Wurde die Pressefreiheit eingeschränkt? Warum wurde 32 Journalistinnen und Journalisten nachträglich die Akkreditierung entzogen? Ich würde mich freuen, wenn sich die CSU auch einmal zu diesen Fragen äußern oder diese Fragen wenigstens einmal stellen würde. Aber daran haben Sie anscheinend kein Interesse.

Das alles muss aufgearbeitet werden, damit es in Zukunft möglichst nicht mehr zu solchen Situationen kommt. Ja, natürlich müssen die Gewalttäter bestraft werden, und es muss eine bessere europäische Zusammenarbeit erfolgen. Darüber hinaus muss die Prävention gegen Radikalisierung und Gewalt ausgebaut werden; denn auch linksextreme Gewalt ist nicht nur ein Fall für die Sicherheitsbehörden, sie ist auch ein Fall für die Zivilgesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, was mich besonders ärgert? – Die kriminelle Gewalt ging ganz klar auf Kosten der inhaltlichen Diskussion. Über 100.000 Menschen haben friedlich, kreativ und bunt gegen die Politik der G-20-Staaten demonstriert. Darüber wird leider nicht gesprochen. Dabei wäre genau dies so wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend kann man sagen, dass der G-20-Gipfel viele Verlierer produziert hat: die Anwohnerinnen und Anwohner, die in Angst und Schrecken waren und die nicht geschützt werden konnten, all die, deren Eigentum zerstört worden ist, die Polizistinnen und Polizisten und Rettungskräfte, die in gefährliche Situationen geraten

sind, und die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten, deren Protest und Vorschläge für eine bessere Welt buchstäblich untergegangen sind. Vor allem – das ist mir ganz wichtig, weil ich das heute noch gar nicht gehört habe – zählen auch all die Menschen in den Ländern, die die fehlende Handlungsfähigkeit der G 20 in Sachen Klimaschutz und fairer Handel zu spüren bekommen, zu den Verlierern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind Menschen, die unter Umständen ihre Heimat verlassen müssen, weil sie keine Lebensgrundlage mehr haben. Der G-20-Gipfel war auch inhaltlich kein Erfolg. Das Abschlusspapier ist nicht Ausdruck neuer globaler Ambitionen, sondern es verfestigt die Spaltung, die sich spätestens durch Trumps Alleingänge angedeutet hat.

Was bleibt also von dem G-20-Gipfel? – Es bleibt auch ein Scherbenhaufen im Bereich der internationalen Klimapolitik und des fairen Welthandels.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Arnold von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Versammlungsfreiheit ist eines der höchsten Güter in unserem Rechtsstaat. Sie und die anderen demokratischen Grundrechte zu gewährleisten, ist Aufgabe des Rechtsstaates; das ist quasi seine Visitenkarte. Es muss klar sein: Eine unfriedliche, bewaffnete Versammlung verdient nicht diesen grundrechtlichen Schutz. Deshalb sagen wir: Jegliche Gewalt, jeglicher Extremismus hat auf Versammlungen nichts zu suchen. Das wird von uns nicht akzeptiert. Es muss klar sein und deutlich gemacht werden: Das hat nichts mit rechts und links zu tun, sondern es geht um den Schutz des Gemeinsamen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Herrmann, es gibt einen Werkzeugkasten der Polarisierung. Darin findet sich möglicherweise auch feinmechanisches Werkzeug. Sie haben heute den Holzhammer ausgepackt und haben Bezug auf linksextreme Bewegungen in Lateinamerika genommen. Das hat hier nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie stellen die Dinge zu einfach dar und schaden damit unseren gemeinsamen Anstrengungen, klare Verhältnisse herzustellen. Ich möchte nicht, dass mein Sohn angesichts der Bilder in Hamburg meint, er könne zu keiner Demonstration mehr gehen, weil das zu gefährlich sei. Wir müssen das Gebot, friedlich zu demonstrieren, herausstellen. Wir müssen diejenigen identifizieren, die von vornherein zynisch und arglistig Rechte missbrauchen und unter dem Deckmantel, links zu sein, möglicherweise Straftaten begehen; denn bei einer genauen Analyse zeigt sich, dass der Schwarze Block weder links noch rechts ist, sondern ein grundkrimineller Haufen, eine kriminelle Vereinigung zur fortlaufenden Begehung von Straftaten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

In diesem Kontext stehen dem Rechtsstaat einige Mittel zur Verfügung, um die Identifizierung und die angemessene Bestrafung der Straftäter zu gewährleisten. Alle diese Straftaten, wie Sachbeschädigung oder versuchter Totschlag, müssen durch strafprozessuale Maßnahmen geahndet werden. Diese Taten müssen nach Möglichkeit schon im Vorfeld verhindert werden; wenn sie aber geschehen sind, müssen sie mit härtesten Strafen belegt werden. Wir stehen dazu, dass alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden, um die missbräuchliche Inanspruchnahme des Versammlungsrechts zu verhindern.

In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die Unterscheidung von rechts und links ab und lassen uns nicht in semantische Diskussionen verwickeln. Wer in dieser Diskussion die Begriffe rechts und links verwendet, der betreibt doch das Geschäft derjenigen, die unser System insgesamt angreifen und perforieren wollen. Die machen sich

darüber lustig, dass wir uns hier gegenseitig die Köpfe einschlagen und jeder den anderen beschuldigt, auf der falschen Seite zu stehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Wie sieht es denn mit dem Vermummungsverbot aus? Sind Sie dafür, Kollege Arnold?)

Wir können es uns angesichts dieser Situation gar nicht leisten, nicht geschlossen aufzutreten. Es gibt im demokratischen System Unterschiede zwischen den Parteien. Toleranz bedeutet, dass man andere Meinungen erträgt und die Diskussion darüber mit Würde austrägt. Null-Toleranz-Politik – Sie haben das angesprochen – darf es nur in extremen Ausnahmefällen geben. Da haben Sie recht. Aber wir dürfen die einzelnen Erscheinungen nicht als Maßstab für die Entwicklung einer Grundrechtsausübung nehmen. Da bin ich ganz nah bei der Kollegin Schulze. Die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten dürfen in unserer Gesellschaft nicht stigmatisiert werden. Zu demonstrieren ist ein Grundrecht. Wenn zukünftig Demonstrationen sofort in Verbindung mit den radikalen und nicht akzeptablen Aktionen des Schwarzen Blocks gebracht werden, dann ist die Sache schon zu weit fortgeschritten. Dann haben Sie Ihr Geschäft in die falsche Richtung entwickelt. Der Schwarze Block steht nicht für Demonstrationsfreiheit, sondern für einen Angriff auf die Grundrechtsordnung und insbesondere auf das Grundrecht zu demonstrieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Deswegen ist Besonnenheit angebracht. Diejenigen, die in diesem Land kritische Sachverhalte ansprechen, sollen weiter dazu ermutigt werden, dies nicht in Hinterzimmern zu tun, sondern in der Öffentlichkeit, wenn es angemessen und gewünscht ist. Demonstrationen sollen friedlich und ohne Waffen stattfinden. Nur das nehmen wir hin. Dies zeugt auch von der Größe des Rechtsstaates. Jedes Verkleinern und jede reflexartige Zuweisung von Gewalttaten nach links oder rechts führen dazu, dass sich diese zynische Minderheit in ihrem Verhalten bestätigt sieht. Wer heutzutage behauptet, die gesellschaftlichen Verhältnisse progressiv durch Gewalt oder Schädigungs-

handlungen gegen die Polizei ändern zu können, der ist doch von vornherein neben der Spur. Ziehen Sie doch die demokratischen Parteien in diesem Land nicht in diese Spur. Das geht doch gar nicht. Grenzen Sie sich davon ab.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen von Beklommenheit bei den Polizeieinsätzen in Hamburg. Ja, es ist schlimm gelaufen. Die Polizei hat sich dort angemessen eingesetzt und viel Toleranz gezeigt. Im Einzelnen wird noch geprüft werden, ob diese Toleranz in jedem Fall angemessen war. Wir, die SPD, möchten uns ebenfalls bei allen Polizeibeamtinnen und -beamten, den Rettungsdiensten und der Bevölkerung für die Geduld und das Ertragen der Gefährdung bedanken. Wir finden die Maßnahmen der Staatsregierung in Bezug auf Sonderurlaub richtig. Wir bedanken uns ausdrücklich dafür.

Herr Dr. Herrmann, jedoch ist es nicht so, als wäre in Bayern noch nichts passiert. Anlässlich eines Fußballspiels von 1860 München randalierten Gewalttäter minutenlang im Stadion. Die Polizei stand damals auch vor einem großen Problem, und die Situation war ebenfalls beklemmend. Dieses Ereignis hat im Freistaat Bayern stattgefunden. Mein Sohn wird vermutlich nicht mehr zu solchen Spielen gehen. Natürlich ist eine solche Randalie nicht die Regel. Fangen Sie aber nicht damit an, eins zu eins aufzurechnen. Das ist doch kleinkariert.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem geht es auch um Prävention. Es ist wichtig, Kinder präventiv zu erziehen; ich denke dabei auch an meinen Sohn. In der Schule soll das hohe Gut der Grundrechte vermittelt werden. Das hat mit Sozialkunde, Achtung, Würde und Toleranz zu tun. Diese Dinge müssen den Menschen beigebracht werden. Achtung, Würde und Toleranz werden nicht durch eine Sitzung des Bayerischen Landtags vermittelt, in der man sich gegenseitig ausgrenzt, beschimpft und sich voneinander abgrenzt. Eine Lösung gegen eine andere kleinkariert auszuspielen, ist ebenfalls nicht förderlich. Das ist nicht im Sinne der Bayerischen Verfassung. Das ist nicht im Sinne

von sozialen Grundrechten. Das ist nicht im Sinne eines Konsenses. Damit betreiben wir möglicherweise im Ansatz das Geschäft derjenigen, die unsere Gemeinschaft zerstören wollen. Dieses Spiel lassen wir mit uns nicht treiben. Wir weisen darauf hin, dass wir dieses Spiel auch mit der SPD in der Bundesregierung nicht treiben lassen. Hier sind Schuldzuweisungen völlig fehl am Platze. Nach außen sollte das deutliche Zeichen gesetzt werden, dass wir diesen Staat mit seinen Grundrechten erhalten wollen und wir uns auch von Minderheiten nicht daran hindern lassen. Diese Minderheiten werden bekämpft, gestellt und identifiziert, egal, ob die Minderheiten von links, von rechts, aus der Mitte, von oben oder unten kommen. Entscheidend ist die Verfassungsfeindlichkeit dieser Menschen und nicht deren Orientierung. Wenn die Randalierer von Links kommen, dann sind sie eben von Links. Aber der Schwarze Block ist kriminell, und diese Leute haben mit Links oder Rechts nichts zu tun.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, ich wollte den Beifall nicht unterbrechen. Danke, dass Sie wieder an das Rednerpult zurückgekehrt sind. Der Kollege Pohl hatte sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Arnold, ich habe heute keine Vorwürfe gehört.

(Markus Rinderspacher (SPD): Na ja!)

Vorwürfe an die SPD-Landtagsfraktion in Zusammenhang mit dem G-20-Gipfel wären auch absurd. Den Vergleich mit einem Fußballspiel von 1860 München sollten Sie etwas relativieren. Dieser Vergleich erscheint in der Tat der Sache nicht angemessen. Sie sagen, dass es egal ist, ob Gewalt von Links oder Rechts verübt wird – hier stimme ich Ihnen ausdrücklich zu –, Gewalttaten müssen grundsätzlich abgelehnt werden, und wir müssen Geschlossenheit dagegen demonstrieren. Genau das haben die Kollegin Gottstein und der Kollege Dr. Herrmann gesagt. Auch ich frage Sie nun: Warum

verharmlosen Sie die Gewalt von Links, indem Sie von "sogenannten Linksextremisten" schreiben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich fordere eine klare Kante.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich greife nun einen Ausspruch der Kollegin Schulze auf, den sie erst kürzlich auf einem Plakat gezeigt hat: Klare Kante gegen Rechts! – Aber auch klare Kante gegen Links!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Arnold, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Pohl, danke schön für die Gelegenheit, dies noch einmal zu erläutern. Es soll keine Verharmlosung stattfinden. Eine Verharmlosung findet dadurch statt, dass Gewalt irgendwelchen Seiten zugeordnet wird; es gibt keine gute oder schlechte Gewalt. Ihren Antrag lehnen wir ab, weil er zu pauschal gefasst ist. Der Antrag zieht die Angelegenheit auf eine Ebene, auf der Begrifflichkeiten und nicht das eigentliche Problem zum Thema gemacht werden.

Beim Antrag der CSU werden wir uns enthalten. Sie können sich nicht in die Angelegenheiten von Bremen oder Hamburg einmischen. Das ist nicht Ihre Sache.

(Karl Freller (CSU): Da war ja die bayerische Polizei oben! – Markus Blume (CSU): Zahlen müssen wir auch für die Länder!)

Im Freistaat gibt es genügend Themen und Baustellen, um die wir uns kümmern können. Deswegen werden wir uns enthalten.

(Karl Freller (CSU): Das waren junge Menschen aus Bayern in Hamburg!)

– Das Argument, dass die bayerische Polizei dort eingesetzt wurde, fällt unter Amtshilfe. Die Amtshilfe ist bundesrechtlich geregelt.

(Lachen bei der CSU)

Eine Verharmlosung von Links kann man uns tatsächlich nicht vorwerfen. Wenn wir von der "sogenannten Linken" sprechen, dann sprechen wir doch vom Schwarzen Block. Sie machen sich die Analyse zu einfach.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie den Schwarzen Block mit Links gleichsetzen. Das ist wirklich nicht angemessen. Wenn wir die Sache für die Zukunft analytisch bereinigen wollen, dann sollten wir – –

(Thomas Kreuzer (CSU): Ist die Rote Flora links oder rechts?)

– Dann lassen Sie die Rote Flora links oder rechts sein. Das Problem ist: Inwieweit bestehen rechtliche Möglichkeiten, derartige Institutionen als verfassungswidrig zu identifizieren und stillzulegen?

(Thomas Kreuzer (CSU): Ist der NSU links oder rechts?)

Da hilft es nicht, auf den Tisch zu hauen. Hier hilft, nachzudenken und zu analysieren und den Instrumentenkasten fein ziseliert auszubauen, und zwar im rechtsstaatlichen und nicht im polarisierenden Sinn.

(Markus Blume (CSU): Sie schaffen es nicht, sich abzugrenzen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt hat der Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass wir uns auch nach dieser interessanten Debatte darin einig sind, dass die Situation am vorvergangenen Wochenende in Hamburg völlig unerträglich war und der Bayerische Landtag ein solches Verhalten grundsätzlich und in jeder Hinsicht verurteilt. Dort meinten Gewalttäter, dass sie das Demonstrationsrecht in Deutschland missbrauchen könnten. Dort fanden kriminelle Aktivitäten und brutale Gewaltakte gegen Bürger, Sicherheitskräfte und andere statt. Das Privateigentum vieler Bürgerinnen und Bürger Hamburgs wurde zerstört. Das hat keine guten Bilder von Deutschland in die Welt getragen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In dieser Plenarsitzung haben wir nicht Einsatzkonzepte in anderen Bundesländern zum Thema; diese werden von der Polizeiführung aller Länder und des Bundes in den nächsten Wochen und Monaten nachbereitet werden. Es ist in der Tat Aufgabe der Hamburgischen Bürgerschaft, sich mit der Vorbereitung und der Durchführung zu befassen. Ich will aber ein paar wenige Anmerkungen, schon im Hinblick darauf machen, was das für unser Land, für den Freistaat Bayern bedeutet. Frau Kollegin Schulze hat das Thema der Deeskalation angesprochen. An dieser Stelle will ich schon einmal unterstreichen: In Bayern gilt seit vielen Jahren in einer solchen Situation der Grundsatz "Deeskalation durch Stärke". Das bedeutet, dass die Sicherheitskräfte, insbesondere unsere Polizei, alles dafür tun, um die Sicherheit in unserem Land aufrechtzuerhalten. Wir schützen das Demonstrationsrecht. Ich darf daran erinnern: Während des G-7-Gipfels in Bayern haben an dem Donnerstag, am Fronleichnamstag, über 35.000 Menschen in München friedlich demonstriert. Wir schützen das Demonstrationsrecht. Damals konnten 35.000 Menschen ihre Haltung zum Weltklima und zu anderen Themen zum Ausdruck bringen, und zwar friedlich und ohne Gewalt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das wird vom Grundgesetz auch geschützt. So steht es seit 1949 im Grundgesetz, und das schützen wir: Alle Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Das macht unseren Rechtsstaat aus. Das unterscheidet uns in der Tat von vielen anderen Ländern in der Welt, in denen dieses friedliche Demonstrationsrecht leider nicht gewährleistet wird.

(Horst Arnold (SPD): Ungarn zum Beispiel!)

Das ist ein Kernelement unserer freiheitlichen Demokratie. Aber wenn jemand Waffen mit sich führt, und seien es Pflastersteine, dann ist das nach unserem Dafürhalten ein erster Hinweis darauf, dass das niemand ist, der ganz normal zum Beispiel für den Klimaschutz demonstrieren will; denn derjenige, der das tun will, trägt doch keine Pflastersteine im Jutesack mit sich.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Deshalb ist es gut, wie bei uns üblich, Leute schon im Vorfeld, manchmal sogar schon 200 Kilometer vor dem eigentlichen Zielort, zu überprüfen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Warum hat das die Bundespolizei dann nicht getan?)

Auch mit dem Prinzip der Deeskalation durch Stärke können wir in Bayern, Herr Kollege Arnold, keine hundertprozentige Sicherheit garantieren. Wenn wir uns aber die Entwicklung der Situation bei der Sicherheitskonferenz in München in den letzten 10, 15 Jahren ansehen, die alljährlich im Februar stattfindet, dann stellen wir fest: Es ist besser geworden, nicht schlechter. Die Gewalt ist weniger geworden. Wir begleiten jeden Demonstrationzug von Anfang an mit einer hinreichenden Zahl von Polizeikräften. Durch dieses Vorgehen gelingt es – Frau Kollegin Schulze, ich denke, auch Sie werden das anerkennen und respektieren –, dass die alljährliche Demonstration bei der Sicherheitskonferenz stattfinden kann. Es wird aber nicht zugelassen, dass Gewalt ausgeübt wird. Es ist gut, wenn man von vornherein mit genügend Polizeibeamten

präsent ist. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als vor zwei Jahren, noch vor dem G-7-Gipfel, auch von einigen Kollegen hier im Haus kritisiert wurde, es würde eine Übermacht der Polizei geben, es würden viel zu viele Polizeibeamte eingesetzt, die Leute würden in Angst und Schrecken versetzt. Nein, ganz im Gegenteil: Die ausreichende Präsenz von Polizeikräften hat damals dafür gesorgt, dass diejenigen, die friedlich unterwegs waren, problemlos demonstrieren konnten. Diejenigen aber, die etwas anders vorhatten, wussten von vornherein, dass sie keine Chance auf Gewalteskalation haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Es gehört zum Wesen einer Demonstration, dass Bürger für ihre Meinung auf die Straße gehen und anderen Leute sagen, was ihre Meinung ist. Mit diesem Gedanken ist unvereinbar, dass man sich dabei verummmt. Damit würde man doch sein Angesicht, seine Überzeugung nicht mehr zeigen. Deshalb ist es seit jeher in ganz Deutschland, in jedem Bundesland – das betone ich –, verboten, sich bei einer Demonstration zu verummnen. Das hat seinen guten Grund; denn es hat damit zu tun, wie man seine Überzeugung in der Öffentlichkeit darbringt. Vermummung hat damit nichts zu tun. Ich bin froh, dass der Bayerische Landtag vor zwei Jahren mit einer Gesetzesänderung klargestellt hat, dass eine Vermummung strafbar ist. In Hamburg ist sie auch strafbar. Die Einsatzkräfte haben versucht, das durchzusetzen. Ich kann deshalb überhaupt nicht verstehen, warum mein niedersächsischer Kollege Pistorius von der SPD in der vergangenen Woche den Vorschlag unterbreitet hat, man könne eine Deeskalation dadurch erreichen, dass man das Vermummungsverbot wieder von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabstuft. Nach diesen Ereignissen in Hamburg gibt es doch keinen Grund, das herabzustufen. Es ist doch mehr denn je notwendig, klarzumachen, dass Vermummung bei einer friedlichen Demonstration nichts zu suchen hat.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Deeskalation erreicht man durch konsequentes, kluges und auch bedachtes Auftreten der Polizei. Deeskalation erreicht man nicht durch Anpassung, Nachgiebigkeit oder Wegschauen. Das funktioniert nicht. Deshalb rede ich nicht über Details des polizeilichen Einsatzkonzepts. Aber die Diskussion über politische Verantwortung, die mit dem Thema Rote Flora verbunden ist, müssen sich diejenigen, die dafür die politische Verantwortung tragen, schon gefallen lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Ich finde es interessant und im Ergebnis auch gut, wenn bestimmte Kräfte in der Diskussion der letzten zehn Tage, verstärkt auch aus den Reihen der SPD, teilweise sogar von den GRÜNEN, als kriminell bezeichnet werden. Ich musste aber auch Aussagen zur Kenntnis nehmen wie die: Linke Gewalt gibt es gar nicht, oder: Sie sei ein Widerspruch in sich. Dazu muss ich gar nichts sagen. Nahezu jeder Bürger in unserem Land hat dazu automatisch eine Meinung, die ihn nur den Kopf schütteln und fragen lässt: Was soll denn das?

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Darauf will ich gar nicht näher eingehen. Es ist aber gut, wenn wir uns in der Frage einig sind, dass das Kriminelle sind. Hier wird es spannend, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. In Bayern tragen Sie nicht die Verantwortung, und ich sage das jetzt im Hinblick auf die Situation in Hamburg oder Berlin: Was sind denn das für Leute, die da dauernd in der Roten Flora zugange sind? Wie werden die bezeichnet? Sind das die netten, freundlichen Linken?

(Unruhe bei der SPD)

Ist das noch akzeptabel? Oder ist es nicht eigentlich so, dass die kriminelle Szene dort schon längst begonnen hat? – Hier zeigt die politische Verantwortung ihre Wirkung. Seit Jahren ist in jedem Verfassungsschutzbericht nachzulesen: Das ist die Keimzelle von Autonomen, von Chaoten und dergleichen. Aber der Hamburger Senat stellt

denen seit Jahren dieses Haus kostenlos zur Verfügung. Man hat gemeint, mit Appeasement könne man die Situation beruhigen. Das Gegenteil ist der Fall.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

In Berlin entwickelt sich die gleiche Situation: eine Hausbesetzerszene.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Man meint, man könne auf Dauer Frieden in der Stadt schaffen, wenn man sie in Ruhe lässt. Man glaubt, wenn man die Hausbesetzerszene in Ruhe lässt, dann würde schon Ruhe einkehren. Nein, meine Damen und Herren, das ist ein Trugschluss. Ich kann deshalb nur sagen: Es war gut und richtig, dass mein Amtsvorgänger im Innenministerium Günther Beckstein schon vor 20 Jahren die Devise ausgegeben hat: In Bayern bleibt kein Haus länger als 24 Stunden besetzt. Das hat die Polizei durchgesetzt, und dabei bleibt es auch bis heute.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Abschließend will ich sagen: Ja, ich habe großen Respekt vor dem Einsatz, den unsere bayerischen Polizeibeamten gezeigt haben. Ich danke aber auch den Polizeibeamten der Bundespolizei und aller anderen Länder. Ich danke ihnen für alles, was sie im Rahmen des dort Möglichen geleistet haben. Ich danke unserer Polizei aber nicht nur für diesen Einsatz in Hamburg, sondern für alles, was sie das ganze Jahr, vom 1. Januar bis zum 31. Dezember, in unserem Land leistet. Das ist die wesentliche Grundlage dafür, dass wir in Bayern sicherer leben können. – Vielen herzlichen Dank an unsere bayerische Polizei!

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Frau Kollegin Stamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Claudia Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich glaube, wir sind uns alle in diesem Hause darin einig, dass Gewalt zu verurteilen ist, egal, aus welcher Ecke sie kommt und wie sie bezeichnet wird. Ich wundere mich jedoch darüber, dass dies im Antrag der CSU-Fraktion nicht differenzierter dargestellt wird. Vielleicht fehlen auch Informationen.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Die rechtsextreme Hooligan-Gruppe HoGeSa hat dazu aufgerufen, nach Hamburg zu fahren und dort Gewalt auszuüben. Laut Medienberichten hat es sogar vorher in Hannover Festnahmen gegeben. Sie konnten dann gar nicht fahren.

(Widerspruch bei der CSU)

Ein Teil der Gruppe konnte nicht fahren. Der andere Teil gehörte jedoch zu denjenigen, die die Stadt verwüstet haben. Diese Informationen stammen von einer Zeitung, die bestimmt nicht linksextrem ist, nämlich aus der "MOPO".

Die Besitzer der Läden, die am schlimmsten zerstört wurden, haben mehrheitlich – nachzulesen in verschiedenen Internetforen – gesagt, dass die Gewalt nicht nur von Linksextremen aus dem Schwarzen Block verübt worden ist, sondern vor allem von Partyvolk. Dort sind halbnackte und besoffene Menschen durchgegangen. Das Partyvolk hat verwüstet. Wenn Sie solche Anträge stellen, mit denen Sie Gewalt verurteilen, wünsche ich mir, dass dies nicht nur einseitig erfolgt, sondern in alle Richtungen geht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Stamm, Ihnen steht es selbstverständlich frei, Erklärungen zur Verurteilung von Partyvolk zu veröffentlichen. Das steht aber sicherlich nicht im Mittelpunkt unserer heutigen Debatte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Grundsätzlich kann ich Ihnen sagen: Die Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion in diesem Landtag zeichnen sich dadurch aus, dass sie seit jeher jede Form von Extremismus nachdrücklich verurteilen. Frau Kollegin Stamm, die Fraktion, der Sie früher angehört haben, hat in der Vergangenheit wiederholt dagegen gestimmt, wenn im Rahmen von Anträgen gefordert worden ist, nicht nur den Rechtsextremismus, sondern auch den Linksextremismus zu verurteilen.

(Beifall bei der CSU)

Die Mehrheitsfraktion und diese Staatsregierung haben sich immer dafür eingesetzt, jede Form von Extremismus energisch zu bekämpfen. Dazu stehen wir auch weiterhin.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über die Anträge abstimmen, zu denen keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Dies ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/17828. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Damit ist dieser Antrag angenommen.

Jetzt komme ich zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/17829. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion.

Stimmenthaltungen? – Keine. Wie hat der Abgeordnete Felbinger (fraktionslos) abgestimmt? – Zustimmung. Das muss ich nach der Geschäftsordnung festhalten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/17830. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der Abgeordnete Felbinger (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/17809. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 10.07 bis 10.12 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir zählen außerhalb des Saales aus. Ich darf Sie jetzt bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir wollen mit der Tagesordnung weiterfahren. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Debatten außerhalb des Sitzungssaales zu führen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe noch die zwei Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen!", Drucksache 17/17809. Mit Ja haben 102

gestimmt. Mit Nein haben 15 gestimmt. Es gab 34 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.07.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion CSU; Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen! (Drucksache 17/17809)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			X
Aures Inge			X
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian			X
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Deckwerth Ilona			X
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X
Gehring Thomas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes	X		
Hölzl Florian	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			X
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther			X
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert			X
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	102	15	34